



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 24. bis 27. Oktober 2016

Debatte zu den Ergebnissen des EU-Gipfels mit Juncker und Tusk

Am Mittwochmorgen debattieren die Abgeordneten mit den Präsidenten von Kommission und Rat, Jean-Claude Juncker und Donald Tusk, über die Ergebnisse des EU-Gipfels vom 20.-21. Oktober. In der dreistündigen Aussprache werden voraussichtlich das Schicksal des Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA), Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit anderen Ländern sowie die Beziehungen zwischen der EU und Russland zur Sprache kommen.

5

Arbeitsprogramm der EU-Kommission: Debatte über die Prioritäten für 2017

Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2017 steht am Dienstagnachmittag zur Debatte, kurz nachdem die Kommission es beschlossen haben wird. Die Aussprache wird Grundlage einer neuen gemeinsamen Erklärung, die erstmals von den Präsidenten des Parlaments, des Rates und der Kommission im Dezember unterzeichnet werden soll und die EU-Prioritäten und Ziele für das kommende Jahr enthält.

6

EU-Haushalt 2017: Parlament legt seine Position für Verhandlungen fest

Die Abgeordneten werden am Mittwoch ihre Position zum EU-Haushalt 2017 festlegen, bevor sie im November mit dem Rat einen Kompromiss aushandeln. Das Parlament wird voraussichtlich mehr Finanzmittel verlangen, um jungen Menschen bei der Jobsuche zu helfen, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und Drittländer zu unterstützen, damit weniger Flüchtlinge nach Europa kommen. Es wird erwartungsgemäß alle vom Rat im Haushaltsentwurf verlangten Kürzungen rückgängig machen.

7

EU-Haushalt: Abgeordnete fordern Krisenreserve im langfristigen Finanzplan

Die EU muss ihren langfristigen Finanzrahmen überarbeiten, um auf unvorhergesehene Krisen reagieren zu können. So steht es in einem Entschließungsentwurf, der Dienstag zur Debatte und Mittwoch zur Abstimmung steht. Die Abgeordneten bekräftigen, dass der entsprechende Vorschlag der EU-Kommission den Forderungen des Parlaments nach mehr Flexibilität und einer Krisenreserve entspricht. Sie sind aber enttäuscht darüber, dass die Finanzmittel insgesamt nicht ansteigen.

9

Jährlicher “Grundrechte-Check” für EU-Länder?

Um die Überprüfung angeblicher Verletzungen von Grundrechten auf ein dauerhaftes Fundament zu stellen, anstatt immer erst nach dem Ausbruch einer „Krise“ individuell zu reagieren, sollte die Kommission einen rechtlich verbindlichen Mechanismus mit jährlichen Berichten zur Einhaltung der Werte und Grundrechte der EU durch die Mitgliedstaaten einsetzen. So steht es in einem Entschließungsentwurf, der am Dienstag zur Abstimmung steht.

11

Debatte über Fortschritte bei Sicherheitsthemen und künftige Herausforderungen

Die Abgeordneten werden am Dienstagnachmittag über Fortschritte bei der Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen auf EU-Ebene und künftige Herausforderungen diskutieren. In der Debatte mit Kommission und slowakischer Ratspräsidentschaft werden voraussichtlich die Interoperabilität der Datenbanken und der Datenaustausch zwischen Mitgliedstaaten, die Verhinderung der Radikalisierung sowie die Umsetzung der im Frühjahr 2016 verabschiedeten Regeln für ein europäisches Fluggastdatensystem angesprochen.

12

Abgeordnete fordern Grenzwerte für industrielle Transfettsäuren in Lebensmitteln

Die EU sollte bindende Grenzwerte für industrielle Transfettsäuren (TFA) in Lebensmitteln einführen. So steht es in einem Entschließungsentwurf, der am Mittwoch zur Abstimmung steht. TFA könnten für die Verbraucher das Risiko erhöhen, an Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Unfruchtbarkeit, Alzheimer, Diabetes und Fettleibigkeit zu erkranken, heißt es weiter in dem Text.

13

Kommission will gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage vorstellen

EU-Kommissar Pierre Moscovici wird am Dienstagnachmittag erwartungsgemäß die neuen Vorschläge der Kommission zur Körperschaftssteuer vorstellen. Das Paket wird unter anderem die Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) enthalten.

15

Barrierefreier Web-Zugang für Behinderte und ältere Menschen

Websites und Anwendungen öffentlicher Stellen wie Verwaltungen, Krankenhäuser oder Gerichtsgebäude müssen für jeden zugänglich sein. So steht es in den neuen EU-Vorschriften, die am Dienstag zur Debatte und zur Abstimmung stehen. Bei dem Text handelt es sich um einen von Parlament und Rat bereits ausgehandelten Kompromiss. Die Richtlinie über den barrierefreien Web-Zugang soll Behinderten und älteren Menschen den Zugang zu Daten und Dienstleistungen im Internet erleichtern.

16

Regionalpolitik: Aufstockungen der Fördermittel für Griechenland und Zypern

Am Dienstag stimmt das Parlament darüber ab, ob die Anhebung um 10% des EU-Anteils zur Finanzierung von Regionalpolitik-Projekten in Griechenland bis zum 30. Juni in dem Jahr, das auf das Ende des makroökonomischen Anpassungsprogramms folgt, verlängert werden soll. Die Abgeordneten werden auch über eine Sonderregel für Zypern abstimmen, wonach der EU-Anteil für Förderprojekte weiterhin bis zu 85% betragen wird, und zwar bis zum Abschluss der Förderperiode 2014-2020.

18

Debatte zur Pressefreiheit in der Türkei

Drohungen, Rechtsverstöße und Einschränkungen gegen Journalisten in der Türkei stehen am Mittwochnachmittag im Mittelpunkt einer Debatte mit einem Vertreter der EU-Außenbeauftragten. Seit dem gescheiterten Militärputsch am 15. Juli, bei dem 241 Menschen getötet und Tausende verletzt wurden, sind 90 Journalisten verhaftet und über 2.500 entlassen worden. Gegen Hunderte von Medienangestellten in dem Land wurden Haftbefehle erlassen.

20

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2016-10-24>

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Europarl TV](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

[EP Newshub](#)

[EPRS Plenary podcasts on key issues](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Press Officer

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 +32 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Press Officer

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ michaela.findeis@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

☎ (+49) 30 2280 1080

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu

Debatte zu den Ergebnissen des EU-Gipfels mit Juncker und Tusk

Am Mittwochmorgen debattieren die Abgeordneten mit den Präsidenten von Kommission und Rat, Jean-Claude Juncker und Donald Tusk, über die Ergebnisse des EU-Gipfels vom 20.-21. Oktober. In der dreistündigen Aussprache werden voraussichtlich das Schicksal des Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA), Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit anderen Ländern sowie die Beziehungen zwischen der EU und Russland zur Sprache kommen.

Auch die Aktualisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU, die Entwicklung der Migration im Mittelmeerraum und der Schutz der EU-Außengrenzen sind wahrscheinliche Themen der Debatte.

Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz wird sich zu Beginn der Tagung des Europäischen Rates am 20. Oktober um 16:30 Uhr mit einer Ansprache an die 28 Staats- und Regierungschefs der EU wenden. Im Anschluss hält er eine Pressekonferenz ab.

Debatte: Mittwoch, den 26. Oktober

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

#euco #migrationEU #Russia #trade #brexit

#CETA #China

Weitere Informationen

[Tagesordnung der Tagung des Europäischen Rates, 20.-21.10.2016](#)

[Erwartungen der Fraktionsvorsitzenden im Parlament an den EU-Gipfel – Pressemitteilung \(auf Englisch\) und Videos, 05.10.2016](#)

[Plenardebatte zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates vom 20.-21. Oktober \(05.10.2016\)](#)

Arbeitsprogramm der EU-Kommission: Debatte über die Prioritäten für 2017

Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2017 steht am Dienstagnachmittag zur Debatte, kurz nachdem die Kommission es beschlossen haben wird. Die Aussprache wird Grundlage einer neuen gemeinsamen Erklärung, die erstmals von den Präsidenten des Parlaments, des Rates und der Kommission im Dezember unterzeichnet werden soll und die EU-Prioritäten und Ziele für das kommende Jahr enthält.

Die Debatte am Dienstag folgt auf die Rede zur Lage der Union von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor dem Plenum im September und auf die [Entschließung, die das Parlament im Juli](#) verabschiedet hat. Darin forderte es, dass Arbeitsplätze, soziale Rechte und soziale Sicherheit ganz oben auf der Tagesordnung der EU für 2017 stehen sollen.

Die gemeinsame Erklärung wird die vorrangigen politischen Ziele der drei Institutionen auflisten.

Debatte: Dienstag, den 25. Oktober

Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte

#CWP2017 #EU2017Agenda

Weitere Informationen

[Entschließung des Parlaments vom 6. Juli 2016 zum Arbeitsprogramm der Kommission für 2017 \(06.07.2016\)](#)

[Pressemitteilung zur Entschließung \(06.07.2016, auf Englisch\)](#)

[Webseite der Kommission über ihr jährliches Arbeitsprogramm](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

EU-Haushalt 2017: Parlament legt seine Position für Verhandlungen fest

Die Abgeordneten werden am Mittwoch ihre Position zum EU-Haushalt 2017 festlegen, bevor sie im November mit dem Rat einen Kompromiss aushandeln. Das Parlament wird voraussichtlich mehr Finanzmittel verlangen, um jungen Menschen bei der Jobsuche zu helfen, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und Drittländer zu unterstützen, damit weniger Flüchtlinge nach Europa kommen. Es wird erwartungsgemäß alle vom Rat im Haushaltsentwurf verlangten Kürzungen rückgängig machen.

Die Abgeordneten verlangen beispielsweise zusätzliche Mittel in Höhe von 1,5 Milliarden Euro für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen. Mehr als 1,2 Milliarden Euro zusätzlich sollen für die Infrastrukturfazilität „Connecting Europe“ (CEF) und das Forschungsprogramm „Horizon 2020“ aufgebracht werden.

Das Parlament wird voraussichtlich auch mehr Geld zur Bekämpfung der eigentlichen Ursachen der Migrationskrise, zur Unterstützung der Landwirte und für Kulturprojekte verlangen.

Ein Teil der zusätzlichen Mittel soll durch neue Verpflichtungen finanziert werden, die nach der Halbzeitüberarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens zur Verfügung stehen könnten.

Die nächsten Schritte

Nach der Plenarabstimmung beginnt die 21-tägige Vermittlungsfrist. Bis zum 17. November müssen Rat und Parlament sich auf den Haushalt für nächstes Jahr einigen, damit er vom Parlament bestätigt und von dessen Präsidenten im Dezember unterzeichnet werden kann.

Debatte: Dienstag, den 25. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, den 26. Oktober

Pressekonferenz mit den Berichterstattern Jens Geier (S&D, DE) und Indrek Tarand (Grüne/EFA, EE): Mittwoch, den 26. Oktober um 14:00 Uhr

Verfahren: Haushaltsverfahren

#EUBudget

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf zum EU-Haushalt 2017](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(11.10.2016, auf Englisch\)](#)

[Hauptberichterstatter \(Kommissionshaushalt\) Jens Geier \(S&D, DE\)](#)

[Berichterstatter für die anderen Bereiche Indrek Tarand \(Grüne/EFA, EE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Pressemitteilung des Rates „EU-Haushaltsplan 2017: Rat legt seinen Standpunkt fest“](#)

[Entschließung des Parlaments vom 9. März 2016 über die allgemeinen Leitlinien für die Vorbereitung des Haushaltsplans 2017](#)

[Europäische Kommission – Pressemitteilung zum Entwurf des EU-Haushaltsplans 2017](#)

EU-Haushalt: Abgeordnete fordern Krisenreserve im langfristigen Finanzplan

Die EU muss ihren langfristigen Finanzrahmen überarbeiten, um auf unvorhergesehene Krisen reagieren zu können. So steht es in einem Entschließungsentwurf, der Dienstag zur Debatte und Mittwoch zur Abstimmung steht. Die Abgeordneten bekräftigen, dass der entsprechende Vorschlag der EU-Kommission den Forderungen des Parlaments nach mehr Flexibilität und einer Krisenreserve entspricht. Sie sind aber enttäuscht darüber, dass die Finanzmittel insgesamt nicht ansteigen.

EU-Haushaltskommissarin Kristalina Georgieva wird an der Debatte teilnehmen.

Der mehrjährige EU-Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 genügt nicht, um die EU in die Lage zu versetzen, die vielen neuen Krisen der vergangenen Jahre in den Griff zu bekommen und neue Zusagen einzuhalten, so die Abgeordneten. Der EU-Haushalt müsse flexibler gestaltet werden, um schneller auf die jüngsten Herausforderungen reagieren zu können: Flüchtlingskrise, Terrorismus und die innere Sicherheit, die Krise in der Landwirtschaft und die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere bei den jungen Menschen. In dem Entschließungsentwurf steht weiterhin, dass die Überarbeitung des MFR eine einzigartige Chance bietet, der EU zu ermöglichen, ihren vorrangigen Zielen gerecht zu werden.

Die [Empfehlung des Parlaments vom vergangenen Juli](#), eine ständige Krisenreserve in den EU-Haushalt aufzunehmen, um Ad-hoc-Lösungen außerhalb des Haushalts wie die Einrichtung von Treuhandfonds zu vermeiden, wurde von der [EU-Kommission in ihren Vorschlag vom September](#) aufgenommen. Allerdings bestehen die Abgeordneten darauf, dass diese Reserve auch finanziell angemessen ausgestattet sein muss.

Der Entschließungsentwurf hebt hervor, dass bereits der EU-Haushalt für 2017 allen in Bezug auf die Überarbeitung des MFR beschlossenen Änderungen Rechnung tragen muss. Die Abgeordneten sind bereit, in den Verhandlungen mit dem Rat ab November eine Einigung sowohl für den EU-Haushalt 2017 als auch für die Überarbeitung des MFR auszuhandeln.

Debatte: Dienstag, den 25. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, den 26. Oktober

Verfahren: Erklärung der EU-Kommission mit Entschließung

#MFF #EUBudget

Weitere Informationen

EP-Hintergrundinformationen: "Mid-term review/revision of the MFF - Key issues at the outset of the debate" (auf Englisch)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten

Entschließung des Parlaments vom 6. Juli 2016 zur Überarbeitung des MFR 2014–2020 (06.07.2017)

Berichtersteller Jan Olbrycht (EVP, PL)

Berichterstellerin Isabelle Thomas (S&D, FR)

Jährlicher "Grundrechte-Check" für EU-Länder?

Um die Überprüfung angeblicher Verletzungen von Grundrechten auf ein dauerhaftes Fundament zu stellen, anstatt immer erst nach dem Ausbruch einer „Krise“ individuell zu reagieren, sollte die Kommission einen rechtlich verbindlichen Mechanismus mit jährlichen Berichten zur Einhaltung der Werte und Grundrechte der EU durch die Mitgliedstaaten einsetzen. So steht es in einem Entschließungsentwurf, der am Dienstag zur Abstimmung steht.

Der Mechanismus sollte objektive Richtwerte enthalten und ein klares und schrittweises Verfahren zur Behebung von Verstößen festlegen.

Der EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte sollte nach dem Vorbild des Europäischen Semesters, des jährlichen Zyklus für die wirtschaftspolitische Koordinierung auf EU-Ebene, gestaltet werden. Demnach würde die EU-Kommission jedes Jahr, nach Rücksprache mit einem Sachverständigengremium, einen Bericht mit länderspezifischen Empfehlungen vorlegen.

In ihrem Entschließungsentwurf fordern die Abgeordneten die Kommission auf, bis September 2017 einen Vorschlag vorzulegen. Die Kommission muss dieser Initiative des Parlaments mit einer begründeten Antwort begegnen.

Debatte: Montag, den 24. Oktober

Abstimmung: Dienstag, den 25. Oktober

Verfahren: Legislative Entschließung

#democracy #ruleoflaw #fundamentalrights

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf mit Empfehlungen zur Einrichtung eines EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte](#)

[Berichterstatterin Sophie In't Veld \(ALDE, NL\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Debatte über Fortschritte bei Sicherheitsthemen und künftige Herausforderungen

Die Abgeordneten werden am Dienstagnachmittag über Fortschritte bei der Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen auf EU-Ebene und künftige Herausforderungen diskutieren. In der Debatte mit Kommission und slowakischer Ratspräsidentschaft werden voraussichtlich die Interoperabilität der Datenbanken und der Datenaustausch zwischen Mitgliedstaaten, die Verhinderung der Radikalisierung sowie die Umsetzung der im Frühjahr 2016 verabschiedeten Regeln für ein europäisches Fluggastdatensystem angesprochen.

Hintergrundinformationen

Am 12. Oktober hat die EU-Kommission den [ersten einer Reihe von monatlichen Berichten](#) über die „Weichenstellung für eine echte und wirksame Sicherheitsunion“ vorgestellt.

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten arbeitet an einem [Vorschlag zur Erneuerung der „Eurodac“-Datenbank](#) für den Vergleich von Fingerabdrücken von Asylsuchenden. Gegen Jahresende wird die EU-Kommission erwartungsgemäß einen Vorschlag zur Überarbeitung des Schengener Informationssystems (SIS) vorlegen, und einen weiteren Anfang nächsten Jahres zum Visa-Informationssystem (VIS).

Debatte: Dienstag, den 25. Oktober

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission

Weitere Informationen

[Europäische Sicherheitsagenda: Erster Bericht über die Fortschritte auf dem Weg zu einer wirksamen und nachhaltigen Sicherheitsunion](#) (Pressemitteilung der EU-Kommission, 12.10.2016)

[Europäische Sicherheitsagenda: der aktuelle Stand \(Oktober 2016\)](#)

[Grünes Licht zur Ernennung von Julian King zum Kommissar für die Sicherheitsunion](#)

Abgeordnete fordern Grenzwerte für industrielle Transfettsäuren in Lebensmitteln

Die EU sollte bindende Grenzwerte für industrielle Transfettsäuren (TFA) in Lebensmitteln einführen. So steht es in einem Entschließungsentwurf, der am Mittwoch zur Abstimmung steht. TFA könnten für die Verbraucher das Risiko erhöhen, an Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Unfruchtbarkeit, Alzheimer, Diabetes und Fettleibigkeit zu erkranken, heißt es weiter in dem Text.

Nach Ansicht der Abgeordneten ist die Tatsache, dass nur ein Drittel aller Verbraucher über Transfettsäuren (TFA) Bescheid weiß, ein Beweis dafür, dass ein bloßer Hinweis auf dem Etikett nicht ausreicht. Hinweise auf den Etiketten seien wichtig, müssten aber durch verpflichtende Grenzwerte ergänzt werden.

Die EU-Kommission sollte deshalb unverzüglich – vorzugsweise vor Ablauf von zwei Jahren – eine gesetzliche Obergrenze für den Anteil von industriellen TFA in Lebensmitteln vorschlagen, so die Abgeordneten.

TFA befinden sich hauptsächlich in preisgünstigen Lebensmitteln, was bedeutet, dass Menschen mit geringeren Einkommen Lebensmitteln mit hohem TFA-Anteil am stärksten ausgesetzt sind. Dies wiederum verstärkt die gesundheitliche Ungleichheit.

Hintergrundinformationen

Bei Trans-Fettsäuren handelt es sich um ungesättigte Fettsäuren, die in von Wiederkäuern gewonnenen Lebensmitteln und in industriell hergestellten teilgehärteten Pflanzenölen vorkommen. Zwischen dem Verzehr industriell hergestellter teilgehärteter Pflanzenöle und einem erhöhten Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen konnte ein Zusammenhang hergestellt werden. Eine hohe Aufnahme von TFA stellt insbesondere einen Risikofaktor für die Entstehung der koronaren Herzkrankheit dar, die laut EU-Kommission vorsichtigen Schätzungen zufolge in der EU pro Jahr für etwa 660.000 Todesfälle und damit für 14% der Gesamtmortalität verantwortlich ist.

Dänemark war der erste EU-Mitgliedstaat, der den Anteil von TFA in Fetten und Ölen gesetzlich begrenzt hat. Ähnliche Grenzwerte wurden in Österreich (2009), Ungarn (2013) und Lettland (2015) eingeführt. Freiwillige Beschränkungen gibt es in Deutschland und mehreren anderen

EU-Staaten. Ernährungsempfehlungen wurden von den Regierungen in Bulgarien, Malta, der Slowakei, Großbritannien und Finnland ausgegeben.

Die Lebens- und Arzneimittelbehörde der USA (FDA) ist im Juni 2015 zu dem Ergebnis gelangt, dass teilgehärtete Öle „allgemein nicht als sicher“ für die Verwendung in Lebensmitteln gelten können und ab Juni 2018 verboten werden müssen.

Lebensmitteln mit hohem Anteil an TFA:

- *Bratfett für industrielle Verwendung*
- *In Gebäck verwendete Margarine*
- *Vorverpackte Backprodukte, Kuchen, Kekse und Waffeln*
- *Mikrowellen-Popcorn*
- *Frittierte Lebensmittel*
- *Suppen und Soßen*

Debatte: Dienstag, den 25. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, den 26. Oktober

Verfahren: Mündliche Anfrage mit EntschlieÙung

hashtags #transfats

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "Trans Fats, overview of recent developments" \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Kommission will gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage vorstellen

EU-Kommissar Pierre Moscovici wird am Dienstagnachmittag erwartungsgemäß die neuen Vorschläge der Kommission zur Körperschaftssteuer vorstellen. Das Paket wird unter anderem die Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) enthalten.

Das Europäische Parlament hat mehrmals die EU-Kommission dazu gedrängt, eine GKKB einzuführen, die die Unternehmensbesteuerung in der EU fairer und transparenter macht.

Eine GKKB würde für Unternehmen, die in der EU tätig sind, ein einziges Vorschriftenpaket zur Berechnung des steuerpflichtigen Gewinns einführen. Dies führt zu einer Verringerung des Risikos von Diskrepanzen und Lücken in den nationalen Steuervorschriften, die von Steuerberatern und multinationalen Unternehmen häufig ausgenutzt werden.

Debatte: Dienstag, den 25 Oktober

Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte

#TaxTransparency #LuxLeaks

Weitere Informationen

[Weitere Informationen über die Arbeit des Parlaments und Empfehlungen zur Unternehmensbesteuerung](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Barrierefreier Web-Zugang für Behinderte und ältere Menschen

Websites und Anwendungen öffentlicher Stellen wie Verwaltungen, Krankenhäuser oder Gerichtsgebäude müssen für jeden zugänglich sein. So steht es in den neuen EU-Vorschriften, die am Dienstag zur Debatte und zur Abstimmung stehen. Bei dem Text handelt es sich um einen von Parlament und Rat bereits ausgehandelten Kompromiss. Die Richtlinie über den barrierefreien Web-Zugang soll Behinderten und älteren Menschen den Zugang zu Daten und Dienstleistungen im Internet erleichtern.

Beispiele sind die Einreichung der Steuererklärung über das Internet, Anträge für Beihilfen, die Zahlung von Gebühren oder die Online-Einschreibung an der Universität.

Unter den neuen Vorschriften müssen Websites und mobile Anwendungen öffentlicher Stellen, wie beispielsweise Verwaltungen, Gerichtsgebäude, Polizeiwachen, öffentlich-rechtliche Krankenhäuser, Universitäten und Büchereien gemeinsamen EU-weiten Normen entsprechen.

Demnach sollte auch ein „Feedback-Mechanismus“ eingerichtet werden, über den die Nutzer der betreffenden öffentlichen Stelle jegliche Mängel der Website oder mobilen Anwendungen hinsichtlich der Barrierefreiheit mitteilen können. Die Mitgliedstaaten müssen eine zuständige Behörde benennen, die die Einhaltung der Vorschriften überwachen und durchsetzen kann.

Ungefähr 80 Millionen Menschen müssen mit einer Behinderung leben. Durch das Altern der EU-Bevölkerung wird die Anzahl der Menschen mit Behinderung oder altersbedingten Einschränkungen bis 2020 auf 120 Millionen ansteigen.

Debatte: Dienstag, den 25. Oktober

Abstimmung: Dienstag, den 25. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in zweiter Lesung

#WebAccessibility #Access4All

Weitere Informationen

[Kompromisstext](#)

[Pressemitteilung zur Einigung auf den Kompromisstext \(03.05.2016, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Dita Charanzová \(ALDE, CZ\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Regionalpolitik: Aufstockungen der Fördermittel für Griechenland und Zypern

Am Dienstag stimmt das Parlament darüber ab, ob die Anhebung um 10% des EU-Anteils zur Finanzierung von Regionalpolitik-Projekten in Griechenland bis zum 30. Juni in dem Jahr, das auf das Ende des makroökonomischen Anpassungsprogramms folgt, verlängert werden soll. Die Abgeordneten werden auch über eine Sonderregel für Zypern abstimmen, wonach der EU-Anteil für Förderprojekte weiterhin bis zu 85% betragen wird, und zwar bis zum Abschluss der Förderperiode 2014-2020.

Hintergrundinformationen

Artikel 24 der [Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen](#) gibt der Kommission die Möglichkeit, für Länder, die sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, im Rahmen der Programme der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI) erhöhte Zahlungen – sogenannte „Aufstockungen“ – zu leisten. Denn angesichts des auf den nationalen Haushalten lastenden Drucks durch die Finanz- und Wirtschaftskrise kann sich die Suche nach ausreichenden Mitteln für die nationale Kofinanzierung regionalpolitischer Projekte für solche Länder kompliziert gestalten. Sie laufen Gefahr, die ihnen zustehenden Regionalhilfen in einer Zeit nicht abrufen zu können, in der sie am meisten darauf angewiesen sind.

Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats können die Zwischenzahlungen um 10 Prozentpunkte über die für die einzelnen Prioritäten des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Kohäsionsfonds oder die einzelnen Maßnahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) geltenden Kofinanzierungssätze hinaus aufgestockt werden.

Die Gesamtzuweisung für die ESI-Fonds für den Zeitraum 2014-2020 ändert sich durch die Aufstockung nicht.

Abstimmung: Dienstag, den 25. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

#Greece #Cyprus #ESFI

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrenschritten](#)

[Berichterstatterin Iskra Mihaylova \(ALDE, BG\)](#)

[Webseite der EU-Kommission: "Wichtigste Leistungen der Regionalpolitik"](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Debatte zur Pressefreiheit in der Türkei

Drohungen, Rechtsverstöße und Einschränkungen gegen Journalisten in der Türkei stehen am Mittwochnachmittag im Mittelpunkt einer Debatte mit einem Vertreter der EU-Außenbeauftragten. Seit dem gescheiterten Militärputsch am 15. Juli, bei dem 241 Menschen getötet und Tausende verletzt wurden, sind 90 Journalisten verhaftet und über 2.500 entlassen worden. Gegen Hunderte von Medienangestellten in dem Land wurden Haftbefehle erlassen.

Ende September hat die türkische Regierung ungefähr 20 Fernseh- und Radiosender wegen angeblicher „Verbreitung von terroristischer Propaganda“ geschlossen. Anschließend hat sie den nach dem Putschversuch verhängten Ausnahmezustand um 90 Tage verlängert (ab dem 19. Oktober).

Can Dündar, der ehemalige Chefredakteur von Cumhuriyet, der führenden türkischen Oppositionszeitung, ist einer der drei Finalisten für den Sacharow-Preis 2016. Im vergangenen November wurde er verhaftet, nachdem seine Zeitung darüber berichtet hatte, wie der türkische Geheimdienst Waffen nach Syrien schmuggelt. Später wurde er zu fünf Jahren und 10 Monaten Haft wegen „Verrats von Staatsgeheimnissen“ verurteilt. Er überlebte einen Mordanschlag und lebt heute im Exil.

Debatte: Mittwoch, den 26. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, den 27. Oktober

#Turkey

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Europarat – “Platform to promote the protection of journalism and safety of journalists” \(auf Englisch\)](#)

[Webseite “Mapping Media Freedom”](#)

[EU-Delegation in der Türkei](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)